

STRATEGIE UND GEGENSTRATEGIE IN KOLUMBIEN

Seit der Verabschiedung des Dekrets 2002 vom 9. September 2002, das eine Reihe weitreichender Maßnahmen zur Umsetzung der „demokratischen Sicherheitsstrategie“ von Präsident Alvaro Uribe enthält, sind fast sieben Monate vergangen. Dieser Beitrag versucht, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen.

Alexander P. Springer

Krieg in den Städten

Die Guerilla hat bereits mit der Amtsübernahme Uribes eine Serie von urbanen Bombenanschlägen begonnen. Nach dem besonders blutigen Attentat auf den Nogal-Klub am 7. Februar dieses Jahres, das 35 Menschenleben kostete, explodierten auch im März mehrere Bomben. Die Autobombe in einem belebten Einkaufszentrum in Cúcuta (Norte de Santander) forderte nach letztem Stand 13 Todesopfer und mehr als 60 Verletzte. Als Urheber wird das ELN verdächtigt, das jedoch seine Verantwortung verneinte (ebenso wie übrigens die FARC für das Nogal-Attentat). Verteidigungsministerin Ramírez behauptete, dass die Anschläge in den Städten eine Reaktion auf die erfolgreichen Offensiven der Streitkräfte in ländlichen Gebieten wären.

Derartige Angriffe sind jedenfalls ein Alarmzeichen für die Regierung, dass ihre Strategie, allein mit militärischer Macht Sicherheit zu schaffen, möglicherweise nicht funktioniert. Besonders die verheerende Bombe in Cúcuta ist ein Rückschlag für Uribes Politik, der nicht bloß rasche Erfolge im Kampf gegen Terroranschläge vorweisen muss, sondern gerade die Stadt Cúcuta als besonderen Schwerpunkt seiner Bemühungen um erhöhte Sicherheit ausgewählt hatte.

Mit ihren urbanen Terroranschlägen verfolgen FARC und ELN zwei strategische Ziele: Einerseits wollen sie beweisen, dass sie militärisch nicht besiegt werden können, andererseits versuchen

sie die politische und militärische Initiative zurück zu gewinnen und die Regierung in die Defensive zu drängen. Jüngste Medienberichte über Streitigkeiten zwischen der militärischen und zivilen Führung (etwa zwischen Verteidigungsministerin Ramírez und mehreren Generälen) sind ein Indiz dafür, dass die Bombenkampagne den Zusammenhalt der Regierung erschüttert und so den von der Guerilla gewünschten Effekt produziert. Es ist daher davon auszugehen, dass derartige Anschläge auch in Zukunft mit unverminderter Konsequenz fortgesetzt werden. Die Weiterführung des Bombenterrors ist für die Guerilla aber auch mit politischen Kosten verbunden: Sie verstärkt die ohnehin sehr hohe Ablehnung dieser Gruppen durch die Zivilbevölkerung und entwickelt sich so zur wichtigsten Legitimitätsquelle für die gegenwärtige Regierung und ihre Politik der „harten Hand“. Solange Uribe – nicht zuletzt dank der Guerrilla – derartig hohe Popularitätswerte aufweisen kann, wird er ihr keine Konzessionen machen. Die weitere Eskalation des Konflikts ist damit vorprogrammiert.

Krieg auf dem Land

Währenddessen geht auf dem Land der Krieg mit unverminderter Härte – v.a. gegen die Zivilbevölkerung – weiter. Die bisherige Erfahrung im Departement Arauca und in den anderen letztes Jahr eingerichteten „Rehabilitationszonen“ zeigt, dass trotz zusätzlicher Ressourcen eine nachdrückliche Verschiebung des Kräftegleichgewichts zugunsten des Staates nicht möglich war. Es wurde zwar die Polizeipräsenz in zahlreichen kleinen Landgemeinden erhöht, die allgemeine Sicherheitssituation hat sich aber kaum verbessert. In einigen Gegenden ist die Konfliktdensität durch die erhöhte Anwesenheit von bewaffneten Kräften angestiegen. Die Bewohner der „Rehabilitationszonen“ klagen über eine weitgehende Militarisierung des Alltags, diskriminierende Behandlung durch die staatlichen Sicherheitskräfte, welche der Bevölkerung pauschal Kollaboration mit der Guerrilla unterstellen würden, und mangelnde Aus-

gaben für begleitende Sozialprogramme. Zur Sorge Anlass gibt überdies die Ankündigung von Innenminister Londoño, der zufolge die Vernichtung illegaler Drogenpflanzungen intensiviert werden wird, wobei eine höhere Konzentration des schon bisher umstrittenen Herbizids zur Anwendung kommen soll. Der Ombudsmann Eduardo Cifuentes warnte, dass diese Maßnahme zu Umweltvergiftung, Vernichtung von legalen Agrarprodukten und erhöhter Landflucht beitragen könnte.

In Antwort auf die staatliche Sicherheitsstrategie hat auch die Guerilla ihre Aktivitäten intensiviert. Die FARC ermorden regelmäßig lokale Funktionäre und Politiker, und das ELN erklärte am 15. März, dass die Mitglieder der neu eingeführten „Bauernmiliz“ (*soldados campesinos*) als militärisches Ziel betrachtet werden. Infrastruktursabotage, Straßenblockaden und „bewaffnete Streiks“ fanden jüngst in den Departements Antioquia, Arauca, Caquetá und Huila statt und bleiben weiter auf der Tagesordnung. Zusammenfassend handelt es sich um einen militärisch festgefahrenen Konflikt, in dem sich die Fronten zwar häufig bewegen (weil es wenige Gebiete mit einem völlig konsolidierten Einfluss einer Seite gibt), aber das Kräfteverhältnis insgesamt gibt keinem der Gegenspieler die Möglichkeit, einen entscheidenden Sieg zu erringen. Dieser Stillstand könnte vermutlich nur durch eine massive Verstärkung der Kapazitäten einer der Seiten durchbrochen werden (z.B. durch die Intervention eines Verbündeten von außen). Dieses Szenario erscheint allerdings ziemlich unrealistisch.

Krieg bei den Nachbarn

Die schon lange befürchtete „Internationalisierung“ des Krieges in Kolumbien ist mittlerweile eine Realität mit schwerwiegenden Konsequenzen für die gesamte Region. Die Nachbarländer Kolumbiens werden zunehmend in den Konflikt hineingezogen. Die FARC unterhalten Vorrats- und Trainingslager in Brasilien und Venezuela (laut der venezolanischen Tageszeitung *El Universal* 400 Mann allein im Bundesstaat Zulia),

unterstützen angeblich die wieder entstehende Guerrilla des *Sendero Luminoso* in Peru und wurden im Zusammenhang mit den jüngsten Bombenschlägen auf die Konsulate von Spanien und Kolumbien in Caracas als mögliche Verantwortliche genannt. Die Grenzprovinzen Sucumbios (Ecuador) und Darién (Panama) sind mittlerweile regelmäßig Schauplatz von Überfällen, Massakern und Gefechten zwischen kolumbianischen Paramilitärs und Guerrillaverbänden. Alle Parteien im Konflikt erhalten illegale Waffen und exportieren Drogen über die kaum kontrollierbaren Grenzen Kolumbiens.

Zur gleichen Zeit scheuen die Nachbarstaaten, mit Ausnahme Panamas, davor zurück, mit Kolumbien im Sicherheitsbereich enger zusammenzuarbeiten. Die von Kolumbien zum Zweck einer besseren Sicherheitskooperation am 12. März in Bogotá einberufene Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister war weniger erfolgreich, als sich der Gastgeber gewünscht hätte, und resultierte in einer unverbindlichen Erklärung ohne konkrete Verpflichtung zu gemeinsamen Aktionen. Es scheint, dass die Nachbarn bis auf weiteres vornehmlich den Schutz eigener Interessen im Auge haben, was die Probleme verstärken und die bilateralen Beziehungen in der Region verschlechtern wird. Die jüngsten Konflikte zwischen Venezuela und Kolumbien haben Präsident Uribe zur Drohung veranlasst, seine Armee würde fliehende

Guerrillagruppen auch auf ausländischem Territorium bekämpfen. Das wegen der Guerillaaktivität im Grenzbereich schon lange angespannte Verhältnis zwischen den Nachbarn könnte dadurch noch weiter belastet werden.

Der Friedensprozess

Die Chancen einer Wiederaufnahme der abgebrochenen Friedensgespräche zwischen Regierung und Guerilla fallen kontinuierlich. Die FARC versuchen zwar weiterhin, Druck in Richtung Abschluss eines Abkommens über Gefangenenaustausch zu machen, die Regierung besteht aber auf ihren für die FARC inakzeptablen Bedingungen. Friedenskommissar Restrepo kündigte im Februar an, dass eine „Verhandlungszone“ für das ELN eingerichtet werden könnte, was allerdings von ELN-Anführer Antonio García als unrealistisch beurteilt wurde, weil „die Regierung Uribe nur Krieg will“. An martialischen Ankündigungen besteht in der Tat kein Mangel. Armeechef General Mora erklärte unlängst, dass die Strategie der Militärs darin bestehe, den Kampfwillen der Guerilla zu brechen. Das ELN kündigte eine engere Zusammenarbeit mit den FARC in verschiedenen Landesteilen an. Die FARC schließlich ließen verlauten, dass sie weiterhin die Macht im Lande übernehmen wollen und Friedensverhandlungen mit einer „faschistischen und neoliberalen Regierung“ kategorisch ablehnen. □

Der Autor lebt derzeit in Madrid.

⇨ von Seite 3 : LATEINAMERIKAS AUFRÜSTUNG

Sei es bei gemeinsamen Manövern, bei zivil-militärischen Aktionen, die das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen sollen oder als „Berater“, vor allem bei der Drogenbekämpfung, die zunehmend militärisch betrieben wird.

Neue Stützpunkte

Der Abzug des Southern Command und der Luftwaffenbasis Howard in der Panama-Kanalzone nach der Übergabe des Kanals zum Jahreswechsel 1999/2000 wurde längst durch den Bau oder die Besetzung neuer Basen kompensiert. Aruba und Curaçao in den Niederländischen Antillen dienen der Überwachung der Karibik, vom Flughafen Comalapa in El Salvador ist ganz Zentralamerika in Reichweite, die Luftwaffenbasis Manta an der ecuadorianischen Pazifikküste erlaubt die Kontrolle der Andenregion und soll in Kolumbien eine besondere Rolle spielen.

Denn wenn es nach dem Pentagon geht, wird Ecuador in den kolumbianischen Konflikt hineingezogen. General James Hill, der Chef des Südkommandos, zitierte die Armeechefs von Ecuador und Kolumbien, Oswaldo Jarrín und Jorge Enrique Mora, am 26. März nach Miami und konfrontierte sie mit den Plänen Washingtons, den *Plan Colombia* zu regionalisieren. Ecuador hat dabei nicht nur durch Truppenkonzentrationen im Grenzgebiet der kolumbianischen Guerilla das Rückzugsgebiet zu verweigern, sondern auch den Nachschub abzuschneiden. Zu diesem Zweck soll die Grenze abgeriegelt werden, was natürlich verheerende Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Handel hätte. Venezuela hat sich einem ähnlichen Ansinnen verweigert. Seither konspirieren die USA unverhohlen mit der militanten Opposition. Ecuadors Präsident Lucio Gutiérrez wird nicht nur Rückgrat brauchen, um den Pressionen zu widerstehen. Er braucht eine glaubhafte lateinamerikanische Alternative zum Antidrogenfeldzug der USA. Derzeit gibt es so etwas nicht. Doch der Irak-Krieg, der zeigen wird, dass Waffen allein keine Lösungen bringen, könnte ein Anlass sein, gemeinsame, friedlichere Auswege zu suchen. □



Regierungsgruppen, in Sachen Aufstandsbekämpfung – auf der Suche nach Kämpfern der FARC – unterwegs in einem Fluss in der Provinz Caquetá